

infobrief eu & international

Inhalt

Publikation	
EU-Industriepolitik zwischen doppelter Transformation und Aufrüstung	2
EU-Deregulierung	
Was bleibt übrig vom Lieferkettengesetz?	5
Politicians' School	
For the renewal of democracy in Hungary	8
EU - Indonesien	
Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand	15
Das 28. Regime	
Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet	21
Buchbesprechung	
Katharina Pistor: The Law of Capitalism and How to Transform It	27

EDITORIAL

Der Brüssel-Effekt ist tot. Mit diesen Worten kommentierte ein Politikportal vor kurzem die Präsentation des siebten Deregulierungspakets („Omnibus“) der EU-Kommission in nur einem Jahr. Als Brüssel-Effekt wird das Phänomen bezeichnet, dass sich hohe europäische Standards de facto auch außerhalb des EU-Binnenmarkts durchsetzen. In der Tat schwächt die EU soziale und ökologische Errungenschaften aktuell Stück für Stück ab. Sarah Bruckner beleuchtet dies anhand der Verwässerung des EU-Lieferkettengesetzes. Aline Hoffmann und Marcus Meyer-Erdmann kritisieren die Pläne zur Einführung einer eigenen Rechtsordnung für Unternehmen (28. Regime). Dabei gäbe es zu den aktuellen ökonomischen und geopolitischen Herausforderungen auch Antworten abseits des Kahlschlags, wie Werner Raza in seinem Beitrag (und jüngst erschienenem digitalen Buch) zu einer progressiven EU-Industriepolitik zeigt. Éva Tessza Udvarhelyi beschreibt, wie Organizing selbst unter schwierigen politischen Bedingungen gelingen kann, und berichtet über ein erfolgreiches Bildungsprogramm für Aktivist:innen und angehende progressive Politiker:innen in Ungarn. Monika Feigl-Heihs analysiert die Widersprüche und Spannungsfelder in den bereits abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der EU und Indonesien über ein Handelsabkommen. Abschließend bespricht Sarah Bruckner das neue Buch „The Law of Capitalism and How to Transform It“ von Katharina Pistor.

Wir wünschen eine spannende Lektüre!

Die Redaktion

Schreiben Sie uns Ihre Meinung, Wünsche, Anregungen und Kritik an eu@akwien.at

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz Eugen Strasse 20-22, Telefon +43 1 501 650 · Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes siehe wien.arbeiterkammer.at/offenlegung ·
Zulassungsnummer AK Wien 02Z34648 M · Redaktion Sarah Bruckner, Frank Ey, Monika Feigl-Heihs, Lisa Mittendrein, Valentin Wedl, Julia Wegerer · Grafik Julia Stern · Verlags- und Herstellungsart Wien · Erscheinungsweise 4 Mal jährlich · ISSN 2409-028X · Blattlinie Die Meinungen der Autor:innen · Kostenlose Bestellung unter <http://wien.arbeiterkammer.at/euinfolbrief>



Publikation: EU-Industriepolitik zwischen doppelter Transformation und Aufrüstung

NEUE PUBLIKATION

EU-INDUSTRIEPOLITIK ZWISCHEN DOPPELTER TRANSFORMATION UND AUFRÜSTUNG

Von
Werner Raza

Die erneute Hinwendung der EU zur Industriepolitik birgt die Gefahr, dass Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Vorrang vor sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz erhalten – doch eine progressive Agenda ist weiterhin möglich.

Die grüne und digitale Transformation wirksam fördern und dabei soziales Gleichgewicht und demokratische Legitimität gewährleisten.

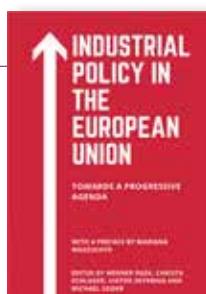
Renaissance der Industriepolitik

Nach Jahrzehnten der Marginalisierung ist die Industriepolitik mit bemerkenswerter Kraft auf die politische Agenda der Europäischen Union zurückgekehrt. Während diese Verschiebung im wirtschaftlichen Diskurs grundsätzlich zu begrüßen ist, müssen Progressive dringend die grundlegenden Fragen untersuchen, die diese Renaissance vorantreiben: Warum sollte Industriepolitik betrieben werden, wie sollte sie funktionieren und – ganz entscheidend – wer profitiert davon? Welche Motive liegen diesen Initiativen zugrunde? Welche Ziele haben Priorität? Wer sitzt am Entscheidungstisch und wer trägt die Verantwortung für die Umsetzung?

Lesen!

**Werner Raza, Christa Schlager,
Viktor Skyrman, Michael Soder**
**Industrial Policy In
The European Union
Towards A Progressive Agenda**
ÖFSE/Social Europe, 2025

Das digitale Buch „Industrial Policy in the European Union“ bietet Ansätze für eine industrie-politische Agenda und kann hier abgerufen werden →



Diese Fragen haben ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung) und AK Wien in einem gemeinsamen Projekt untersucht. Jüngst ist dazu ein von Werner Raza, Christa Schlager, Viktor Skyrman und Michael Soder herausgegebenes digitales Buch¹ mit kurzen und politikorientierten Beiträgen erschienen. Die Beiträge behandeln: (i) die externen Abhängigkeiten der EU bei Energie, kritischen Rohstoffen und grünen bzw. digitalen Technologien, (ii) die beschäftigungspolitischen Herausforderungen, (iii) institutionelle Herausforderungen und Defizite, sowie (iv) Finanzierungsfragen einer EU-Industriepolitik. Alle Beiträge verfolgen das Ziel, die Gestaltung einer industrie-politischen Agenda voranzutreiben, welche die grüne und digitale Transformation (auch bekannt als doppelte Transformation) wirksam fördert und gleichzeitig soziales Gleichgewicht und demokratische Legitimität gewährleistet.

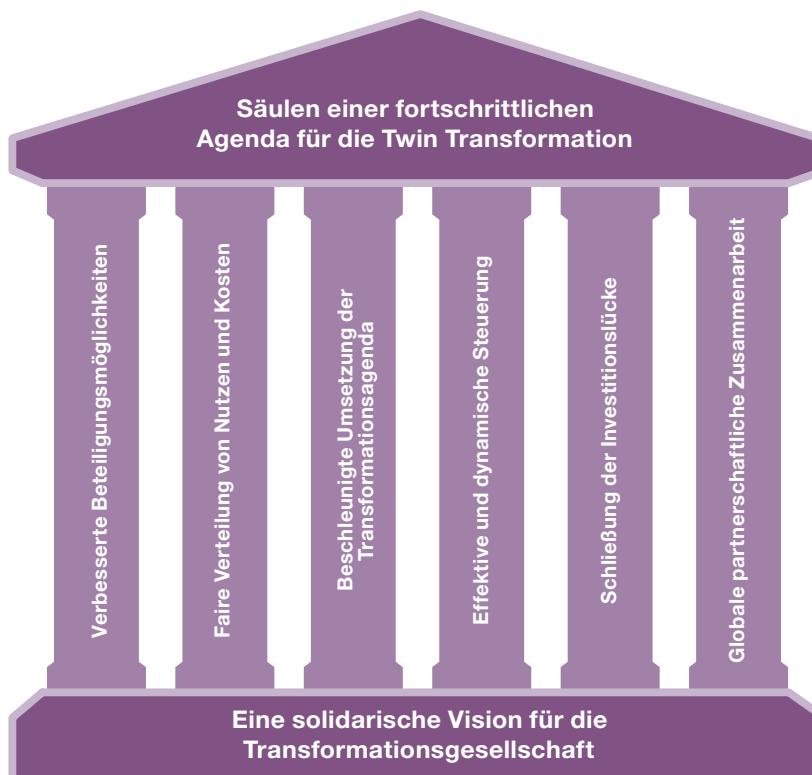
Von der grünen und digitalen Transformation zu Deregulierung und Aufrüstung?

Die aktuellen industrie-politischen Maßnahmen der Europäischen Union sind ursprünglich aus zwei existenziellen Herausforderungen entstanden: der Klimakrise und der digitalen Revolution. In jüngster Zeit haben jedoch die Krise der liberalen internationalen Ordnung und die sich verschärfenden Rivalitäten zwischen den Großmächten – insbesondere den Vereinigten Staaten und

Besorgnis-erregend ist, dass die neue Kommission sich durch die Priorisierung der Wettbewerbsfähigkeit offenbar von ihrer Sozial- und Umwelt-agenda zurück-ziehen will. China – sowie der Krieg in der Ukraine dazu geführt, dass die europäischen Entscheidungsträger:innen einen zunehmend geopolitischen Ansatz in der Wirtschaftspolitik verfolgen. Sicherheitsüberlegungen überschatten nun die grüne und soziale Agenda. Dieser Wandel droht Initiativen wie den Europäischen Grünen Deal², die wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEIs)³ und zahlreiche in den letzten fünf Jahren entwickelte Maßnahmen der Mitgliedstaaten grundlegend zu verändern. Die Besorgnis über die schwache Dynamik der EU-Wirtschaft und ihren technologischen Rückstand gegenüber den USA und China – umfassend analysiert im Draghi-Bericht⁴ – hat die neue Europäische Kommission dazu veranlasst, die Debatte wieder auf die Förderung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU zu konzentrieren. Während diese Programme in der Regel in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entstehen,

werden die Interessen anderer Akteur:innen – insbesondere der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft – weit weniger berücksichtigt. Letztere fordern zurecht eine stärkere Rolle im politischen Prozess in Brüssel.⁵

Besonders besorgniserregend ist, dass die neue Kommission durch die Priorisierung der Wettbewerbsfähigkeit offenbar beabsichtigt, sich von ihrer Sozial- und Umweltagenda zurückzuziehen. Aufrüstung, die sogenannte wirtschaftliche Sicherheit und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit werden zu den zentralen Motivationen für die künftige Industriepolitik. Dazu verfolgt die Kommission eine radikale Deregulierungsa-genda⁶ mit Schwerpunkt auf der Schleifung von wichtigen sozialen und ökologischen Schutzvorschriften, etwa dem EU-Lieferkettensorgfaltsgesetz (EU-CS3D) und der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (EU-CSRD). Die Industriepolitik der EU befindet sich somit an einem kritischen Punkt, und droht in die falsche Richtung ge lenkt zu werden.



Vorschläge für eine progressive Agenda

Das erwähnte Buch enthält Vorschläge für eine progressive industrielpolitische Agenda zur Förderung der doppelten Transformation, sowohl für die Europäische Union als auch in globaler Perspektive. Dazu gehören die Nutzung ausländischer Direktinvestitionen für die Diversifizierung der Produktion, der Aufbau regionaler Produktionsnetzwerke und stärkerer regionaler Finanzierungsstrukturen, die Gewährleistung der digitalen Souveränität und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten für die Industriepolitik.

Das abschließende Kapitel fasst alle Beiträge zusammen und schlägt eine progressive Agenda für die EU-Industriepolitik vor, die auf sechs Säulen basiert: (1) Verbesserung der

Publikation: EU-Industriepolitik zwischen doppelter Transformation und Aufrüstung

Die Industriepolitik in der EU sollte ein neues Wirtschaftsmodell fördern, das dem Planeten und den Menschen dient.

Beteiligungsmöglichkeiten; **(2)** Gewährleistung einer fairen Verteilung von Nutzen und Kosten; **(3)** Beschleunigung der doppelten Transformation; **(4)** Förderung eines Governance-Rahmens mit mehr Kapazitäten und Fähigkeiten; **(5)** Schließung der Finanzierungslücke; und **(6)** Vertiefte Zusammenarbeit mit Partnern im Globalen Süden.

Klar ist: die demokratische Politik in der EU steht an einem Scheideweg. Die Verwendung öffentlicher Gelder und der Industriepolitik für die militärische Aufrüstung bei gleichzeitiger Deregulierung, Kürzung der Sozialausgaben und Verschleppung der grünen Transformation wird weder zukunftsfähiges Wirtschaftswachstum noch gute Beschäftigung bringen. Stattdessen wird

dieser Weg die ökologische Krise und die sozialen Ungleichheiten verschärfen und geopolitische Konflikte womöglich anheizen. Ein solcher Ansatz spielt letztlich dem autoritären Populismus in die Hände. Die Industriepolitik in der EU sollte stattdessen ein neues Wirtschaftsmodell fördern, das sowohl dem Planeten als auch den Menschen dient. Sich in die Diskussion um ihre strategische Ausrichtung für die kommenden Jahre einzubringen, ist gerade jetzt besonders wichtig.

Dr. Werner Raza ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE).
w.raza@oefse.at

- 1 https://ebooks.socialeurope.eu/9/industrial-policy-in-the-european-union#leaf_152, abgerufen am 17.11.2025.
- 2 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en, abgerufen am 17.11.2025.
- 3 https://competition-policy.ec.europa.eu/state-aid/ipcei_en, abgerufen am 17.11.2025.
- 4 https://commission.europa.eu/topics/competitiveness/draghi-report_en, abgerufen am 17.11.2025.
- 5 <https://www.etuc.org/en/speech/tripartite-social-summit-intervention-esther-lynch-etuc-general-secretary-together-european>, abgerufen am 17.11.2025.
- 6 <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Omnibus-EU-Schutzvorschriften>, abgerufen am 17.11.2025.

**BESTELLEN!**

Hier können Sie
den EU-Infobrief
kostenlos
bestellen.



infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der Infobrief EU & Internationales erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

EU-DEREGULIERUNG WAS BLEIBT ÜBRIG VOM LIEFERKETTENGESETZ?

Von
Sarah Bruckner

Auf Druck von Konzernen wurde das Lieferkettengesetz neu verhandelt und abgeschwächt. Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau sind das Ziel, während die Sozial- und Umweltagenda der EU zurückgedrängt wird.

In der EU-Politik rücken die Wünsche der Unternehmen immer mehr in den Mittelpunkt.

Das Lieferkettengesetz wurde nach langen Verhandlungen im Mai 2024 final beschlossen. Mit der EU-Wahl im Juni 2024 änderten sich jedoch die politischen Kräfteverhältnisse.¹ Die neue Kommission legte kurz nach ihrer Angelobung das sogenannte Omnibus I-Paket zur Abschwächung des Lieferkettengesetzes (CSDDD) und der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) vor.² Die am 9. Dezember 2025 verkündete Einigung auf EU-Ebene höhlt das Lieferkettengesetz in seiner finalen Fassung weitgehend aus.³

Schutzregeln fallen – Unternehmensinteressen im Mittelpunkt

Mehr als 470 Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft kritisieren, dass in der EU-Politik die Wünsche der Unternehmen immer mehr in den Mittelpunkt rücken.⁴ Aktuell werden acht Omnibus-Pakete⁵ in diversen Bereichen (u.a. Datenschutz) verhandelt, um bestehende Regeln aufzuweichen, weitere wurden angekündigt.⁶ Auch die Entwaldungsverordnung (EUDR), mit der die EU einen Beitrag zur Eindämmung der weltweiten Entwaldung leisten will, steht aktuell wieder zur Disposition. Nachdem diese bereits einmal ver-

	CSDDD bisher	CSDDD neu Kommission	CSDDD neu Rat	CSDDD neu EU-Parlament	CSDDD neu Final
Welche Unternehmen sind betroffen?	1.000 Beschäftigte + € 450 Mio Nettoumsatz	1.000 Beschäftigte + € 450 Mio Nettoumsatz	5.000 Beschäftigte + € 1,5 Mrd Nettoumsatz	5.000 Beschäftigte + € 1,5 Mrd Nettoumsatz	5.000 Beschäftigte + € 1,5 Mrd Nettoumsatz
Sorgfaltspflicht	Gesamte Lieferkette („Aktivitätskette“) risikobasiert	Tochtergesellschaften und direkte Geschäftspartner	Tochtergesellschaften und direkte Geschäftspartner	Gesamte Lieferkette, risikobasiert, aber nur eingeschränkte Anfragen an Geschäftspartner	Gesamte Lieferkette, risikobasiert, aber nur „vernünftigerweise verfügbare“ Informationen
Zivilrechtliche Haftung	EU-weit einheitliche Regelung	gestrichen (nur national)	gestrichen (nur national)	gestrichen (nur national)	gestrichen (nur national)
Klima-Übergangsplan	Unternehmen müssen einen erstellen und umsetzen	Unternehmen müssen einen erstellen	Unternehmen müssen einen erstellen	gestrichen	gestrichen

Tabelle 1. Änderungen beim Lieferkettengesetz

EU-Deregulierung: Was bleibt übrig vom Lieferkettengesetz?

Durch das Omnibus-I-Paket fallen wesentliche Elemente des Lieferketten-gesetzes weg. schoben wurde, erfolgte nun eine neuerliche Verschiebung auf Dezember 2026. Die EU-Kommission wird die Verordnung außerdem überprüfen und bis 30. April 2026 gegebenenfalls einen neuen Gesetzesvorschlag vorlegen.⁷ Auffällig dabei ist das massive Lobbying von (fossilen) Konzernen gegen Nachhaltigkeitsregeln der EU.⁸

Änderungen beim Lieferkettengesetz

Von der bisherigen CSDDD wären rund 100 österreichische Unternehmen erfasst gewesen. Aufgrund der Einschränkung des Geltungsbereiches wird die Anzahl der erfassten Unternehmen europaweit erheblich reduziert und damit auch die Wirksamkeit des Lieferkettengesetzes.⁹

Ein zentraler Punkt ist die Verpflichtung der Unternehmen, vor allem auf jene Teile der Lieferkette zu fokussieren, in denen Risiken wie z.B. Kinderarbeit zu vermuten sind. Kommission und Rat wollten den so genannten risikobasierten Ansatz streichen und Kontrollen auf direkte Geschäftspartner beschränken. In der finalen Fassung der CSDDD bleibt der risikobasierte Ansatz zwar erhalten, jedoch in abgeschwächter Form. Auskunftsersuchen an Geschäftspartner können reduziert und Risiken auf der Grundlage „vernünftigerweise“ verfügbarer Informationen ermittelt werden.

Im EU-Parlament werden Kom-promisse der demokratischen Mitte immer schwieriger. Laut der bisherigen CSDDD ist vorgesehen, dass Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten, für Schäden haften. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen hätten erstmals eine Chance auf Entschädigung. Mit dem Omnibus wird die Haftung nun Sache der Mitgliedstaaten, anstatt einer EU-weit einheitlichen Haftungsregelung.

Klimaübergangspläne dienen dazu, das Geschäftsmodell eines Unternehmens darauf

auszurichten, einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele zu leisten. Sie waren neben der Sorgfaltspflicht für die Lieferkette ein wichtiges Element der bisherigen CSDDD. In der finalen CSDDD wurden diese nun gestrichen.

Insgesamt fallen durch das Omnibus-Paket wesentliche Elemente des Lieferkettengesetzes weg. Dies bedeutet nicht nur einen Rückschritt für Menschenrechte und Klima. Eine aktuelle AK-Studie¹⁰ von Prof. (FH) Johannes Jäger u.a. kommt zu dem Ergebnis, dass auch die ursprünglich durch die CSDDD erwarteten Wohlfahrtseffekte deutlich geringer ausfallen werden.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Der Omnibus I erfasst auch die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD). Mit dieser Richtlinie wurden die Regeln für die sozialen und ökologischen Informationen, die Unternehmen berichten müssen, erweitert und modernisiert. Sie war bis Mitte 2024 in nationales Recht umzusetzen (wobei Österreich noch nicht umgesetzt hat).¹¹ EU-weit wären rund 50.000 Unternehmen berichtspflichtig gewesen (ab 250 Beschäftigten und 50 Mio Umsatz). Durch den Omnibus I werden es rund 90% weniger Unternehmen sein (ab 1.000 Beschäftigten und 450 Mio Umsatz). Die Europäische Zentralbank warnt in einer Stellungnahme vor den Risiken für die Wirtschaft, für Investoren und die Nachhaltigkeitsziele der EU infolge eingeschränkter Nachhaltigkeitsberichterstattung.¹²

Demokratiepolitisch fragwürdig

Besorgniserregend sind nicht nur die vorgeschlagenen Änderungen, sondern auch die Vorgehensweise. Die Omnibus-Pakete werden im Schnellverfahren in einem eigens eingerichteten Gremium im Rat der EU (Antici-

EU-Deregulierung: Was bleibt übrig vom Lieferkettengesetz?

Ob der erhoffte Paradigmenwechsel bei der sozialen Verantwortung von Unternehmen nun eingeleitet wird, wird von vielen bezweifelt.

Group Simplification) verhandelt. Die Kommission verzichtet großteils auf öffentliche Konsultationen und Folgenabschätzungen, statt dessen werden sogenannte „reality checks“ durchgeführt. Der Jahresbericht 2025 zur Vereinfachungsagenda¹³ enthält keine Aufschlüsselung zu den in den „reality checks“ konsultierten Interessengruppen. Es hat sich aber gezeigt, dass Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft deutlich unterrepräsentiert sind.¹⁴ Aktuelle Leaks enthüllen das massive Lobbying der Unternehmensseite.¹⁵ Unter anderem haben elf große Konzerne, darunter neun US-Konzerne, als mächtige Allianz unter der Bezeichnung „Competitiveness Roundtable“ systematisch und koordiniert gegen das Lieferkettenkettengesetz lobbyiert.

Jurist:innen bezweifeln die Rechtmäßigkeit der Omnibus-Verfahren.¹⁶ Die EU-Ombudsstelle hat eine Untersuchung durchgeführt und festgestellt, dass die Kommission gegen ihre eigenen „Better Regulation“ Leitlinien verstößt und das Schnellverfahren beim Om-

nibus I nicht ausreichend begründet war. Beimängelt wurde unter anderem, dass die fachlich zuständigen Abteilungen in der Kommission den Vorschlag an einem Wochenende mit einer Frist von weniger als 24 Stunden zur Begutachtung erhalten haben.¹⁷ Zudem werden im EU-Parlament Kompromisse der demokratischen Mitte immer schwieriger. Beim Omnibus I hat die EVP gemeinsam mit den rechten Parteien¹⁸ weitgehende Abschwächungen¹⁹ durchgesetzt, ebenso bei der Entwaldungsverordnung.²⁰

Ausblick

Das Lieferkettenkettengesetz ist eine EU-Richtlinie, die bis Juli 2028 in österreichisches Recht umgesetzt werden muss. Ob mit der ausgedünnten Richtlinie der erhoffte Paradigmenwechsel bei der sozialen Verantwortung von Unternehmen eingeleitet wird, wird von vielen nun bezweifelt. Umso wichtiger wird eine möglichst wirksame Umsetzung auf nationaler Ebene.

Sarah Bruckner AK Wien
sarah.bruckner@akwien.at

- 1 <https://www.awblog.at/Europa/Demokratiepolitik-EU-Institutionen>, abgerufen am 25.11.2025.
- 2 https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/IB25_2_A_Angriff-auf-das-Lieferkettenkettengesetz.html, abgerufen am 25.11.2025.
- 3 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/12/09/council-and-parliament-strike-a-deal-to-simplify-sustainability-reporting-and-due-diligence-requirements-and-boost-eu-competitiveness/>, abgerufen am 10.12.2025.
- 4 <https://www.epsu.org/article/470-organisations-united-against-deregulation-campaign-ahead-von-der-leyen-s-state-union>, abgerufen am 25.11.2025.
- 5 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/simplification/>, abgerufen am 25.11.2025.
- 6 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/strategy-documents/commission-work-programme/commission-work-programme-2026_en?prefLang=de, abgerufen am 25.11.2025.
- 7 <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/04/eu-deforestation-law-council-and-parliament-reach-a-deal-on-targeted-revision/>, abgerufen am 10.12.2025.
- 8 <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/exxonmobil-calls-for-eu-corporate-sustainability-due-diligence-law-to-be-scraped/>, abgerufen am 25.11.2025.
- 9 <https://www.somo.nl/csddd-datahub/>, abgerufen am 10.12.2025.
- 10 <https://ermedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17640802/>, abgerufen am 25.11.2025.
- 11 [https://www.bmj.gv.at/themen/Zivilrecht/Richtlinie-%C3%BCBer-die-Nachhaltigkeitsberichterstattung-von-Unternehmen-\(CSRD,-Corporate-Sustainability-Reporting-Directive\).html](https://www.bmj.gv.at/themen/Zivilrecht/Richtlinie-%C3%BCBer-die-Nachhaltigkeitsberichterstattung-von-Unternehmen-(CSRD,-Corporate-Sustainability-Reporting-Directive).html), abgerufen am 25.11.2025.
- 12 https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/legal/ecb.leg_con_2025_10.en.pdf, abgerufen am 25.11.2025.
- 13 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025DC0871>, abgerufen am 25.11.2025.
- 14 <https://www.etuc.org/en/pressrelease/omnibus-weakens-workers-protections-corporate-abuse>, abgerufen am 25.11.2025.
- 15 <https://www.somo.nl/the-secretive-cabal-of-us-polluters-that-is-rewriting-the-eus-human-rights-and-climate-law/>, abgerufen am 10.12.2025.
- 16 <https://thegoodlobby.eu/over-100-legal-experts-warn-omnibus-i-risks-breaching-eu-law/>, abgerufen am 25.11.2025.
- 17 <https://www.ombudsman.europa.eu/de/press-release/de/215989>, abgerufen am 10.12.2025.
- 18 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2025-11-13-RCV_EN.html, abgerufen am 25.11.2025.
- 19 <https://corporatejustice.org/news/press-release-european-parliaments-far-right-alliance-adopts-position-on-omnibus-i-corporate-cap-ture-on-full-display-written-for-the-few-not-for-people-or-planet/>, abgerufen am 25.11.2025.
- 20 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2025-11-26-RCV_EN.pdf, abgerufen am 10.12.2025.

FOR THE RENEWAL OF DEMOCRACY POLITICIANS' SCHOOL- AN EXPERIMENT TO SUPPORT GRASSROOTS POLITICAL LEADERSHIP IN HUNGARY

By
Tessza Udvarhelyi

The School of Public Life is a grassroots civic education center in Budapest, dedicated to building a democratic and just Hungary. It has recently launched a new leadership program called "Politicians' School" to train a new generation of progressive, value-driven leaders. Building on the School of Public Life's decade of experience in civic education, it equips activists and aspiring politicians with the skills, vision, and community support needed to renew democracy in Hungary.

Authoritarianism and citizenship in Hungary

Over the past 15 years, Hungary has become increasingly authoritarian and repressive under the rule of Fidesz. Opposition voices are silenced, activists are targeted, and social movements are suppressed.¹ The media is ruled by propaganda and the autonomy of local governments as well as the independence of courts are under serious attack.² Racism, sexism, homophobia, and a general fear and hatred of the "other" are integral parts of the national government's policies and practices.³

For a real democratic transition, a change of government is not enough – citizens must reclaim public life as our shared responsibility

There is widespread suspicion among people toward public life in general and politicians in particular, which is both fueled by and contributes to the endurance of the current authoritarian regime. Among other things, this has led to drastically lowered standards among politicians on both the government and opposition sides in terms of their motivation and skills as well as to a general lack of citizen control over democratic processes. In addition to the more recent repression by the party state, there is a deeply rooted inequity in political representation. Our mainstream politics continues a several-hundred-year-old tradition as it is dominated by middle and upper-middle class, middle-aged white men, leaving a

huge part of the population excluded from real representation.⁴

For a real democratic transition, a change of government is not enough – citizens must reclaim public life as our shared responsibility both through effectively organized advocacy and by producing a new generation of dedicated and authentic pro-democracy decision-makers. The reinvigoration of civil society and the re-democratization of politics are deeply intertwined. In this way, as both activists and politicians need support to overcome political and social challenges, citizenship education and political education need to be part of the same theory of change.

From training activists to training politicians

The **School of Public Life**⁵ was founded in 2014 in Budapest as a grassroots school for activists based on the belief that social change happens when underrepresented communities organize, advocate for their rights, and assert their voices toward those in power. We help citizens and community organizations build impactful and resilient initiatives through training in organizing and advocacy, strategic planning, participatory action research and the publication and distribution of educational materials. Over

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

There is a limit to what social movements can achieve if there are no elected representatives who represent their values and interests.

the years, our organization has become the primary center of citizenship and political education for progressive organizations and pro-democracy social movements in Hungary. We offer learning opportunities for people at all levels of civic and political engagement starting with interactive board games for those with little or no experience in activism through workshops in various practical areas for those already involved and advanced training in community organizing and critical pedagogy to high-level courses such as engaging in civil disobedience or running grassroots electoral campaigns. In this way, we can engage a wide variety of people in education about social justice activism and pro-democracy organizing.

As the crisis of Hungarian democracy has become deeper over the years, our team has concluded that to build a democratic future, we need to move beyond our focus on grassroots activists and start supporting people who are willing to work for democracy in institutional settings at the local and national levels. There is a limit to what social movements can achieve if there are no elected representatives who represent their values and interests.

Having realized the lack of support systems and learning opportunities for those who are ready to take the risk of becoming a progressive politician in an authoritarian regime, in 2024 we decided to expand our pedagogical work further into institutional politics by developing the Politicians' School. This program is designed for people who come from civil society, activism or community organizing and want to take a step closer to the institutions of power by getting elected. Our goal is to contribute to the emergence of a new generation of pro-democracy, value-driven and community-based political

leaders who are able to work together with civil society and local communities in their effort toward social justice.

The Politicians' School

The Politicians' School is a long-term immersive leadership training program for prospective and newly elected politicians. It is a **school for political change, turning politics from a tool of oppression into a vehicle of cooperation, solidarity and democracy.**

As with all leadership training programs, we started out by identifying the kind of leadership qualities our organization would like to foster in our trainees. We have built on the work of the **Kairos Center**⁶ that identified the key characteristics of effective leaders working for social change.⁷ According to their model, ideal leaders of social change must embody the four Cs. They need to be clear, competent, committed and connected. Civic and political leaders must have clarity as in being able to understand and analyze the social and political context and formulate a clear vision. They also have to be competent, as in having the necessary skills to organize teams and also be able to make policy. They have to be committed, as in dedicated to the cause of social justice and taking their role as leaders seriously. And finally, they have to be connected, as in consciously building community and being able to engage with a large network of people.

In line with the four Cs, the curriculum of the Politicians' School covers a wide variety of topics from the development of personal qualities through practical skills to policy-making. Many elements of the training overlap with our pedagogical work with civil society organizations, as activists and politicians need many of the same skill set and tools.

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

**We want
politicians
who reflect
who we are—
diverse in
gender, age,
class and back-
ground, united
by a commit-
ment to democ-
racy.**

In addition, the sharing of skills across these boundaries contributes to improved mutual appreciation and cooperation between civil society and politics, which is essential for the rebuilding of democracy in Hungary.

As for the profile of potential trainees, the School is intended for people who have experience in community work, share our values of an inclusive democracy based on solidarity and participation and are either weighing the possibility of entering politics or have already been elected. An important aim of the program is to recruit members of underrepresented communities such as women, Roma Hungarians, people with disabilities and people with a foreign background. We want politicians who reflect who we are — diverse in gender, age, class and background, united by a commitment to democracy. When it comes to the recruitment and selection of participants, we also put an emphasis on age and geographical diversity by inviting both young and older people as well as people from bigger cities and smaller towns and villages.

The first pilot year

The pilot year of the Politicians' School took place in 2025 over 6 months (with preparations starting in the fall of 2024 and follow-up happening in the fall of 2025). We recruited applicants by sharing a call for participation among social movement organizations and progressive political parties. We had about 50 applications for 15 spots, so we made two rounds of selection. First, we evaluated applicants based on their application forms, assessing if they align with the aims and values of the program. Then, we conducted personal interviews with applicants who fit our profile. We determined the final list of trainees by taking diversity and group dynamics into consideration.

Our first cohort started their training in January 2025 and included 18 trainees, most of whom were freshly elected representatives in local governments, while some were planning to run in the 2026 parliamentary elections. Most cohort members were based in Budapest, while one third of them came from smaller towns and villages. They all had different organizational backgrounds including community organizations and political parties and all of them wanted to play an active role in making Hungary a democratic country. In terms of age, the program members ranged from people in their early 20s to those in their 60s. More than half of the participants were women, and some of them belonged to minorities such as Roma Hungarians and people with disabilities.

Regarding methodology, the program included in-person and online training sessions, a personal project assignment, one-on-one mentoring by active politicians, a three-day study trip to Vienna, group coaching and community building activities.

The training sessions were mostly conducted in an interactive and iterative way to allow trainees to share experiences and learn from each other but also included some more traditional presentations and panel discussions. In-person training sessions involved activities that drew on the active cooperation of cohort members while online sessions were more about the transfer of knowledge such as information about policies. Our program members learned not only about how politics works, but also about how to remain true to their values while leading for social justice.

To ensure that trainees integrated what they learned during the program into their everyday work, cohort members were asked to

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

THE ARCH OF THE TRAINING SESSIONS ADDRESSED THE FOLLOWING LARGER TOPICS:

What is our vision and mission?

- ➔ identifying the qualities of a democratic country
- ➔ identifying the qualities of a good politician

Where do we work?

- ➔ exploring the social-political background of trainees' electoral districts
- ➔ research methods and tools of gathering information

Basic skills

- ➔ organizing a group
- ➔ building a social base
- ➔ strategic planning
- ➔ scenario planning

Basic knowledge

- ➔ how municipal and national governments work
- ➔ progressive policymaking in housing, education and mobility

Leadership skills

- ➔ how to be a good leader
- ➔ how to build a strong team
- ➔ how to remain true to our values
- ➔ ethical behavior in politics
- ➔ personal and team wellbeing

Our program members learned not only about how politics works, but also about how to remain true to their values while leading for social justice.

come up with a practical project to complete during the program. These personal projects reflected our common learning experiences but were always specific to the work of each participant. To help program members find the focus of these projects, after each training session participants received specific assignments such as finding data in publicly available data sets, reading municipal and national strategies or designing a plan for activist recruitment. We also offered one-on-one consultation about these projects and all of the participants presented their projects to the whole group at the end of the program.

Mentoring by practicing politicians was a highly appreciated element of the program. Every participant was paired with a politician who is either practicing now or has extensive

recent experience in politics. We put a lot of energy into finding the right partner for each participant and asked them to meet each other at least five times during the program. Most pairs met in person, but some decided to do the mentoring online. We provided discussion guides for the mentors and mentees to help them in their conversations. Feedback about this mentoring opportunity was overwhelmingly positive as trainees got to know the "real world" of politics through the experiences of people with shared values.

We offered group coaching in small groups three times during the program. The aim of these sessions was twofold. First, to familiarize trainees with the practice of coaching and emphasize the need for mental health support in politics. Second, we hoped that these sessions would allow cohort members

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

to share and address personal challenges related to their political careers. This was the element of the program that received the most criticism as some program members did not feel comfortable with the format or did not resonate personally with the coach.

The three-day study visit abroad has several different aims in this program. One is to make the program attractive to prospective trainees as many Hungarians don't often have an opportunity to go abroad. The second is to make participants familiar with best practices in progressive politics, policy and activism in a social context that is different but not too far away from our own. The third aim is to create a strong community-building experience. During our study visit in Vienna, we learned about the local political context, met local grassroots organizations and local elected representatives, visited a department in the local government and took part in a sightseeing tour of social housing among other things.

Community support is essential in any political setting, but especially crucial in an authoritarian regime,

Community building sessions were not merely an afterthought in this program. We believe that community support is essential in any political setting, but especially crucial in an authoritarian regime, where being a progressive politician can be an isolating experience. Every in-person training session included a shared dinner, which was at times combined with the screening of a movie or other program. We watched **Alcaldessa** together, a documentary about the election of Barcelona's municipalist mayor, Ada Colau. We also organized picnics and outdoor activities during the program.

The program does not end when educational activities of the specific cohort are over. Inspired by **Local Progress**⁸ in the US that provides leadership and policy-

making support to progressive local politicians and their staff, we would like to build a long-term alumni community. Our aim is to continue supporting our students in their political career and help them build a long-term supportive network. So, at the end of the training program, we encouraged trainees to become the first active members of our alumni community, which will grow with subsequent cohorts. The programming of the alumni community is still in formation as it will be based on the needs and contexts of cohort members.

Feedback and evaluation

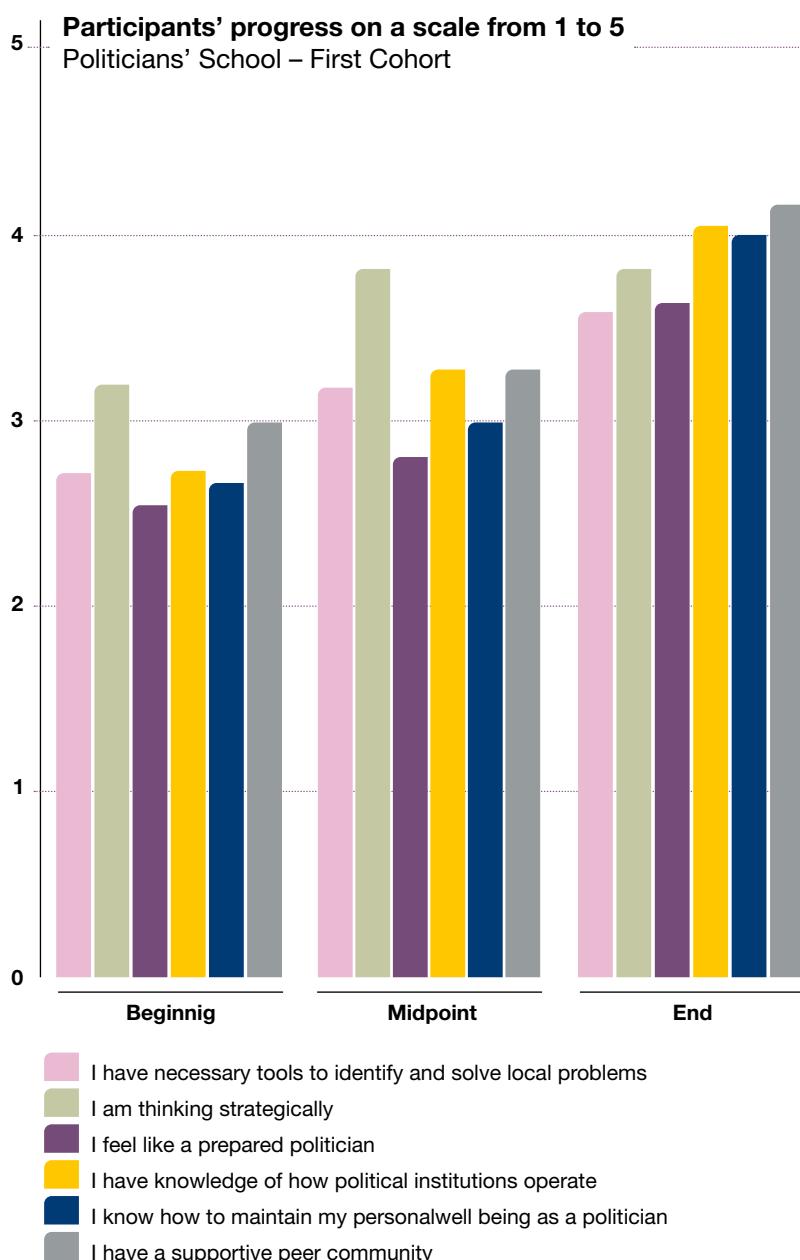
In order to make the most of our pilot year, we asked trainees to give feedback about each session and we also spent time evaluating each element of the program afterwards. In short, cohort members found the in-person training sessions, the one-on-one mentoring and the Vienna study trip the most useful and rewarding, while they appreciated the online sessions and the coaching less. Some program members also had difficulty completing their personal projects as they could not find topics suitable for both the training period and their political careers. They also expressed the need to spend more time with each other outside of the formal training sessions to support each other in the implementation of their personal projects.

We also conducted a comprehensive impact assessment measuring trainees' abilities, skills and confidence in certain areas in three phases: at the beginning, in the middle and at the end of the program. At each stage, cohort members evaluated their own development across a set of predefined indicators using a 5-point scale. This structured assessment allowed us to track progress over time and understand how the

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

program contributed to their personal and professional growth. The indicators were defined based on the School's objectives: identifying and solving local problems, using political institutions, enhancing knowledge about advocacy and community building and improving their self-confidence and well-being. The following graph shows the aggregate results of the group along the same variable at three points in time.

The results demonstrate clear and consistent improvement across all key indicators. Participants reported significant gains in their knowledge base about how institutions work and how they can use strategic thinking and other tools (evidence-based policy, group building, advocacy) acquired during the program. The upward trend observed between the initial and final assessments confirms the effectiveness of the training methods and the relevance of the program's content. By the end of the program, cohort members reported greater confidence, stronger skills and a renewed belief in collective change.



Beyond quantitative results, trainees also highlighted the importance of the community and peer learning aspects, fostering collaboration and mutual support. Participants got to know each other's local realities and learned to present, discuss, advise and debate ideas. This collective dimension added depth to their individual development journey, strengthened group cohesion and reinforced the program's long-term impact.

Practical aspects

The Politicians' School is a long, complex and expensive program that requires a well-prepared staff to be successful and effective. In the first pilot year, we needed two staff members to devote their full attention to the program for an entire year including preparation, recruitment, evaluation and follow-up with regular additional help from many other colleagues in the School of Public Life. Besides, inspired by the **Better Politics Foundation's⁹** (formerly **Apolitical Foundation**) Accelerator program for non-partisan Political Leadership Incubators (PLIs), we also created an advisory board of former and current politicians who gave us feedback and input regarding the whole program in general and the curric-

For the renewal of democracy: Politicians' School- an experiment to support political leadership in Hungary

A program for aspiring progressive politicians is highly needed – and its impact will grow with every new cohort.

ulum in particular and offered their network to find our mentors.

In addition to internal staffing and external expertise, the program also requires adequate financial resources. While our mentors and many invited guests joined the program for free, the program covered all expenses related to travel, accommodation and catering during training sessions as well as the whole Vienna study trip. The program was partly supported with the help of grants and partly through the financial contributions of trainees. While our trainings in the School of Public Life are always free, we made an exception with this program and asked cohort members for a symbolic fee to ensure their commitment and the program's long-term sustainability. At the same time, to make it affordable to everyone, we offered program members the opportunity to ask for a discount or pay in instalments.

The road ahead

We identified several areas for improvement in the program that will be addressed in the next cohort in 2026. Among these is the integration of more content relating to national politics. In the 2025 cohort, content related to municipal governance was deeper, but with the national elections in 2026, this political arena will need a lot more attention. We also need to rethink the support provided

for the planning and implementation of personal projects to make sure that this is not a burden but a tool of improvement for participants. We have also decided to replace coaching with small-group work for the next cohort where trainees can support each other directly with their projects. Regarding the study visit, we will keep improving the programming of the Vienna program while also exploring other neighboring countries such as Poland and Slovakia to foster networking among progressive activists and politicians across the Eastern European region.

Overall, it has become clear to us that such a program for aspiring progressive politicians is highly needed – and its impact will grow with every new cohort. It was encouraging to observe such a diverse group of dedicated and value-driven individuals discussing the future of our country, which was in sharp contrast to most of our mainstream political spaces. As the impact assessment shows, the program has also reached important improvements in trainees' skills and confidence. Of course, the long-term impact of the program will only be visible later and this is why alumni activities are crucial.

Tessza Udvarhelyi President of the
School of Public Life
info@kozeletiskolaja.hu

- 1 Draft law on 'Transparency of Public Life' restricting the right of assembly and the support of CSOs – see https://helsinki.hu/en/wp-content/uploads/sites/2/2025/05/Bill-T11923_Transparency-of-Public-Life.pdf (last opened: 29/09/2025)
- 2 Thomas Wahl: Hungary: Rule-of-Law Developments in the First Half of 2024 – see <https://eucrim.eu/news/hungary-rule-of-law-developments-in-the-first-half-of-2024/> (last opened: 29/09/2025)
- 3 European Commission for Democracy Through Law (Venice Commission): 9th Amendment to the Fundamental Law of Hungary and Explanatory Memorandum – see [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF\(2021\)045-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF(2021)045-e) (last opened: 29/09/2025) and The Fifteenth Amendment to the Fundamental Law of Hungary – see https://helsinki.hu/en/wp-content/uploads/sites/2/2025/04/Bill_11152 adopted EN unofficial translation.pdf (last opened: 29/09/2025)
- 4 IPU Parline: Global data on national parliaments, Data on Women – see <https://data.ipu.org/parliament/HU/HU-LC01/data-on-women/> (last opened: 29/09/2025)
- 5 <https://kozeletiskolaja.hu/homepage/> (3.11.2025)
- 6 <https://kairoscenter.org/> (3.11.2025)
- 7 Willie Baptist It's not enough to be angry. Interview by John Wessel-McCoy for Organizing Upgrade in June 2009. <https://social-ecology.org/wp/wp-content/uploads/2011/12/It%28E2%80%99s-Not-Enough-to-be-Angry-by-WILLIE-BAPTIST.pdf> (12.10.2025)
- 8 <https://localprogress.org/> (3.11.2025)
- 9 <https://www.betterpolitics.foundation/> (3.11.2025)

EU - INDONESIEN

HANDELSBEZIEHUNGEN AUF DEM PRÜFSTAND

Von
Monika Feigl-Heihs

Die veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen haben den Abschluss eines Handelsabkommens zwischen der EU und Indonesien beschleunigt.

Die Europäische Union hat kürzlich ein Handelsabkommen mit Indonesien fertig verhandelt. Trotz diverser Handelskonflikte zwischen den beiden Handelspartnern, die auch auf WTO-Ebene ausgetragen werden, konnte nun ein Abschluss erzielt werden. Doch welche Widersprüche und Spannungsfelder zeigen die WTO-Konflikte rund um Rohstoffe, Stahlerzeugnisse und Palmöl hinsichtlich Entwicklungschancen und Nachhaltigkeitsfragen?

Ein neues Handelsabkommen

In der Europäischen Union geht es derzeit Schlag auf Schlag mit dem Abschluss von Verhandlungen über Handelsabkommen mit Drittstaaten. Nach den Einigungen mit den Mercosur-Staaten (Dezember 2024) und Mexiko (Januar 2025) hat die EU innerhalb eines Jahres nun mit Indonesien (September 2025) bereits das dritte Handelsabkommen fertig verhandelt. Dies kam für viele Beobachter:innen überraschend schnell, da die 2016 begonnenen Verhandlungen über Jahre hinweg aufgrund zahlreicher strittiger Themen schleppend verlaufen waren. Dazu zählten Nachhaltigkeitsfragen bei Palmöl, Exportbeschränkungen für Rohstoffe sowie der Marktzugang für europäische Industriegüter.

Die veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen und insbesondere die aktuelle Zollpolitik der USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump trugen nun dazu bei, dass auf beiden Seiten der politische Wille bestand, bestehende Streitpunkte auszuräumen und Kompromisse einzugehen. Mit dem nun vorliegenden Vertrag zielt die EU darauf ab, ihre Freihandelsagenda zu forcieren und ihre Strategie der Diversifizierung von Handelsbeziehungen voranzutreiben. Konkret verspricht sich die EU, den Zugang zu wichtigen Rohstoffen wie Nickel und Bauxit zu sichern, sowie die Absatzmärkte für europäische Industriegüter und Agrarprodukte aus-

zuweiten.¹ Indonesien erhofft sich wiederum steigende Investitionen aus der EU, insbesondere in den Bereichen Energie, Chemie, Infrastruktur und Industrie. Gleichzeitig soll der erleichterte Zugang zum EU-Markt helfen, den Rückgang von Exporten in die USA – etwa im Textilsektor – abzufedern und den Export von Palmöl zu forcieren.²

Asymmetrische Handelsbeziehungen

Hinsichtlich der aktuellen Handelsbeziehungen zeigt sich folgendes Bild: Die EU ist Indonesiens fünfgrößter Handelspartner (mit einem Anteil von 6,4 % am gesamten Handel des Landes). Mit Exporten von ca. 17,5 Mrd. € und Importen von ca. 11,1 Mrd. € weist das asiatische Land 2024 einen Handelsbilanzüberschuss gegenüber der EU auf. Demgegenüber liegt Indonesien als Handelspartner für die EU an 33. Stelle, wobei auf Seite der EU ein Handelsbilanzdefizit besteht. Letztes Jahr belief sich der bilaterale Waren- und Dienstleistungshandel zwischen der EU und Indonesien auf EU-Ausfuhren im Wert von ca. 15,4 Mrd. € und EU-Einfuhren auf ca. 20,6 Mrd. €.³

Während die EU vor allem Maschinen, Chemikalien und technische Ausrüstungen exportiert, liefert Indonesien in erster Linie Rohstoffe wie Nickel, landwirtschaftliche Produkte (z.B. Palmöl) sowie Konsumgüter (z.B. Textilien und Schuhe).⁴ Der Handel ist damit im Wesentlichen vom

EU – Indonesien: Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand

Indonesische Exportbeschränkungen für Nickel werden von der EU vor der WTO angefochten.

Austausch von Industriegütern einerseits und landwirtschaftlichen Produkten sowie Rohstoffen andererseits Seite geprägt. Für die EU erweist sich dies vor allem deshalb als vorteilhaft, weil sie so Zugang zu Rohstoffen und günstigen Konsumgütern auf der einen Seite hat. Auf der anderen Seite ist Indonesien ein Absatzmarkt für europäische Industrieprodukte. Diese Form der Handelsbeziehung ist jedoch deutlich asymmetrisch: Indonesien nimmt eine ökonomisch nachgelagerte Position ein, da es überwiegend Rohstoffe, Vormaterialien sowie arbeitsintensive Konsumgüter exportiert. Als rohstoffreiches Land fungiert Indonesien damit in erster Linie als Zulieferer für die industrielle Produktion anderer Staaten, wodurch nur ein vergleichsweiser geringer Teil der Wertschöpfung im eigenen Land stattfindet. Der überwiegende Teil fällt durch die industrielle Weiterverarbeitung der Rohstoffe stattdessen der EU und ihren Unternehmen zu.

Entwicklungsstrategien im Konflikt mit WTO-Recht

Um diese strukturelle Abhängigkeit zu durchbrechen und ökonomisch aufzusteigen, ist Indonesien seit einigen Jahren dazu übergegangen, die Weiterverarbeitung der Rohstoffe im Land voranzutreiben und sich eine eigene industrielle Basis aufzubauen. Als ein zentrales Instrument setzt das Land Exportbeschränkungen ein. Unternehmen dürfen Rohstoffe wie Nickel, Bauxit oder Kobalt nur noch exportieren, wenn ein bestimmter Anteil im Land weiterverarbeitet wird. Zudem werden Investitionsanreize, Steuervergünstigungen und Zollerleichterungen für die Ansiedlung von Hüttenwerken, Batteriezellenfabriken und anderen weiterverarbeitenden Industrien gewährt. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Wertschöpfung im eigenen Land zu erhö-

hen und die Abhängigkeit des Landes von reinen Rohstoffexporten zu reduzieren.⁵

Diese Politik hat jedoch zu handelsrechtlichen Spannungen mit der EU und anderen Handelspartnern geführt. Die EU sieht in den Exportbeschränkungen einen teilweisen Verstoß gegen WTO-Regeln und hat deshalb Klage gegen Indonesien vor der WTO⁶ eingereicht. Das dafür eingerichtete WTO-Panel kam 2022 zu dem Ergebnis, dass Indonesiens Maßnahmen ungerechtfertigt wären. Konkret verletzen sowohl das Exportverbot für Nickelerze als auch die Pflichten zur Inlandsverarbeitung das Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen (Art. XI GATT) im internationalen Handel. Auch die Ausnahmeregelungen des Art. XX GATT, wonach handelsbeschränkende Maßnahmen in bestimmten Fällen erlaubt sind, treffen laut Panel-Entscheidung nicht zu. Indonesien berief sich dabei insbesondere auf die Klausel zum Schutz natürlicher Ressourcen (Art. XX g GATT), konnte das Panel jedoch nicht überzeugen, dass die Maßnahmen tatsächlich dem Ziel der Ressourcenschonung dienen und in einem ausgewogenen Verhältnis zu den handelspolitischen Verpflichtungen stehen. Indonesien ging nach der Panel-Entscheidung in Berufung. Aufgrund der aktuellen Blockade des WTO-Berufungsgremiums – die USA verweigert seit Jahren die Zustimmung zur Nachbesetzung von fehlenden Richter:innen – gibt es keine endgültige Entscheidung über den Streitfall.⁷ Indonesien hat sich bisher auch nicht dem unter der EU, China und anderen WTO-Mitgliedern errichteten Ersatz-Streitbeilegungsmechanismus angeschlossen.⁸

Umkämpfter Stahlsektor

Die handelspolitischen Spannungen zwischen der EU und Indonesien blieben allerdings nicht auf den Rohstoffsektor be-

EU – Indonesien: Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand

Die indonesische Palmölindustrie steht seit Jahren in Kritik wegen Entwaldung, Zerstörung von Lebensraum und katastrophalen Arbeitsbedingungen.

schränkt, sondern haben sich inzwischen auf den Stahlsektor – als nachgelagerten Industriezweig – ausgeweitet. Indonesien reichte 2023 seinerseits eine WTO-Beschwerde gegen die EU ein, die ein Jahr zuvor Anti-Dumping- und Subventionszölle auf bestimmte Edelstahlerzeugnisse aus einzelnen asiatischen Ländern, darunter Indonesien, eingeführt hatte. Die EU begründete ihre Maßnahme damit, dass diese Produkte zu Preisen unter dem normalen Marktwert in die EU exportiert (Preisdumping) bzw. durch ungerechtfertigte staatliche Subventionen für heimische Produzenten künstlich verbilligt wurden.⁹ Indonesien führte in seiner Beschwerde ins Treffen, dass die EU die WTO-Prinzipien, wonach Antidumping-bzw. Subventions-Zölle in begründeten Fällen durchaus verhängt werden können, verletzt habe. Aus Sicht Indonesiens waren die Berechnungen und Begründungen der EU für die Zölle ohne ausreichende Beweise und mit fehlerhaften Berechnungsmethoden durchgeführt worden. Erst Anfang Oktober 2025 kam das für den Streitfall eingerichtete Panel zu dem Schluss, dass in Indonesien weder Rohstoffpreise unter dem Marktwert verrechnet noch verbotene Subventionen vergeben worden sind. Vielmehr habe die EU bei der Verhängung von Ausgleichszöllen auf indonesischen Edelstahl gegen WTO-Recht verstößen. Diese Panel-Entscheidung veranlasste Indonesien umgehend dazu, von der EU die Aufhebung ihrer Zölle zu fordern.¹⁰ Die EU hat jedoch Ende November 2025 Berufung gegen diese Entscheidung eingelegt, weshalb auch dieser Streitfall weiterhin offen bleibt.¹¹

Palmöl: wichtiges Exportgut für Indonesien

Ein weiterer zentraler Konflikt zwischen der EU und Indonesien betrifft Palmöl. Neben seinem Rohstoffreichtum ist Indonesien welt-

weit größter Produzent und Exporteur von Palmöl, das vor allem in Lebensmitteln, Kosmetika, chemischen Produkten und Biokraftstoffen Verwendung findet. Die Palmölindustrie ist mit einem 17 %-Anteil am BIP ein zentraler Wirtschaftszweig des Landes, der in etwa 8 Millionen Arbeitsplätze umfasst und erhebliche Devisen generiert¹². Gleichzeitig steht sie aber international seit Jahren in der Kritik, insbesondere wegen Entwaldung, Biodiversitätsverlust und Treibhausgasemissionen, die mit der landwirtschaftlichen Expansion einhergehen. Dazu kommt Zerstörung von Lebensraum für die örtliche Bevölkerung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse gepaart mit niedrigen Löhnen und zum Teil Kinderarbeit sowie gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen infolge des Einsatzes giftiger Chemikalien.¹³

Für die EU ist Palmöl ein wichtiger Importrohstoff für zahlreiche Industriezweige. Gleichzeitig spielt Palmöl eine zentrale Rolle bei der Produktion von Biodiesel, wo es in der EU lange Zeit einen erheblichen Anteil (ca. 30 Prozent) unter den Pflanzenölen stellte.¹⁴ Aufgrund der zunehmenden Kritik an der Entwaldung von Regenwald für den Palmöl-Anbau setzte die EU in den vergangenen Jahren Maßnahmen, um den Einsatz von nicht nachhaltig erzeugtem Palmöl zu reduzieren. Die im Jahr 2019 verabschiedete EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien II (RED II), durch die der Einsatz von nicht nachhaltig erzeugtem Palmöl in Biokraftstoffen bis 2030 stufenweise auslaufen lassen soll, war der Ausgangspunkt für weitere WTO-Streitfälle zwischen der EU und Indonesien.

Palmöl als Handelskonflikt

Indonesien sieht in der EU-Richtlinie einen Verstoß gegen WTO-Recht, da diese einen Großteil des indonesischen Palmöls faktisch vom EU-Markt ausschließt und es damit dis-

EU – Indonesien: Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand

kriminiert. So reichte Indonesien 2019 Klage bei der WTO ein, um die Richtlinie anzufechten. Das eingesetzte WTOPanel kam im Januar 2025 zu dem Schluss, dass die EU zwar grundsätzlich das Recht hat, umwelt und klimapolitische Maßnahmen zu ergreifen, einige Umsetzungsfragen – vor allem die Einschätzung hinsichtlich des hohen Risikos indirekter Landnutzungsänderung beim Palmöl-Anbau – allerdings durch WTO-Recht nicht gedeckt sind.¹⁵ Die EU hat bereits angekündigt, diese Punkte reparieren zu wollen und dies auch der WTO mitgeteilt.¹⁶

Darüber hinaus gibt es bei Palmöl einen zweiten WTO-Streitfall zwischen der EU und Indonesien, der die von der EU 2019 eingeführten Ausgleichszölle auf Biodieselimporte aus Indonesien betrifft. Die EU begründete diese Zölle damit, dass indonesische Produzenten durch staatliche Subventionen auf Palmöl

künstlich verbilligten Biokraftstoffe herstellen, was zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Indonesien erhob 2023 Klage bei der WTO und führte ins Treffen, dass die EU-Maßnahmen gegen das WTO-Abkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen verstößen würden. Das Abkommen regelt, unter welchen Bedingungen einerseits staatliche Subventionen zulässig sind und andererseits andere Mitglieder dagegen Ausgleichsmaßnahmen wie Zölle erheben dürfen, um Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel zu verhindern. Ende August 2025 gab das eingerichtete WTO-Panel Indonesien in zentralen Punkten Recht: Die EU habe unzureichend nachgewiesen, dass die Politik Indonesiens als Subvention zu werten sei, und habe keinen klaren Nachweis für einen verursachten Marktschaden erbracht. Während Indonesien die EU umgehend auf forderte, ihre Zölle zurückzunehmen, legte die

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahrgang 2025



HEFT 1:
Was wurde eigentlich aus ...
der Zukunft?

Thesen, Themen und Zukunftsprognosen aus 40 Jahren Kurswechsel im Aktualitätstest.

HEFT 2:
(Gesellschafts-)kritische
Ökonomie in Österreich

Kritisch denken und forschen über Wirtschaft und Gesellschaft – was bisher geschah und was dem neoliberalen Umbau der Wissenschaft standhält.

HEFT 3:
Kriegs- und Friedenswirtschaft

Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete sowie Ausbau der Rüstungsindustrie sind heute gleichzeitig Thema der Europäischen Politik. Weltweit wird so viel für das Militär ausgegeben wie nie zuvor. Stehen wir vor einer neuen Kriegswirtschaft oder gibt es Alternativen?

HEFT 4:
Boden zwischen Markt
und Politik

Wohnen, Anbauen, Baden, Produzieren, Wildleben, Spekulieren – wer darf wieviel Grund und Boden wofür nutzen, und gegen welche Gegenleistung? Bodenpolitik rückt zusehends ins Rampenlicht und wirft weitreichende Planungsfragen auf.

Einzelheft €12,-

Normalabo €34,-

StudentInnenabonnement €18,-

Auslandsabonnement €42,-

Bestellung an: Sonderzahl Verlag

Tel.: (0043-1) 586 80 70

E-Mail: verlag@sonderzahl.at

www.sonderzahl.at

Kritik im Abo

EU – Indonesien: Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand

Während Industrieländer ihren wirtschaftlichen Aufschwung einst durch protektionistische Strategien absicherten, verwehren sie nun Ländern im Globalen Süden diesen Weg.

EU Berufung gegen die WTO-Entscheidung ein. Da das WTO-Berufungsgericht derzeit blockiert ist, bleibt der Fall offen und die Zölle gelten bislang weiter.¹⁷

Widersprüche und Spannungsfelder im WTO-Handelsregime

Die WTO-Streitfälle zwischen der EU und Indonesien im Rohstoff- bzw. Stahlbereich zeigen, wie das internationale Handelsrecht Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens einschränkt. Indonesien verfolgt mit seiner Rohstoffpolitik das Ziel, mehr Wertschöpfung im eigenen Land zu behalten und die Abhängigkeit von der Ausfuhr unverarbeiteter Rohstoffe, die starken internationalen Preisschwankungen unterliegen, zu verringern. Nach dem Regelwerk der WTO gelten solche Politiken, insbesondere mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen, jedoch als unzulässige Handelshemmisse. Damit werden entwicklungspolitisch sinnvolle Maßnahmen zur Industrialisierung und wirtschaftlichen Selbstbestimmung im WTO-Recht strukturell benachteiligt.

Während Industrieländer ihren eigenen wirtschaftlichen Aufschwung einst durch protektionistische und staatliche gelenkte Strategien absicherten, verwehren sie nun Ländern im Globalen Süden den Einsatz dieser industriepolitischen Instrumente. Wie der Ökonom Ha-Joon Chang¹⁸ es beschreibt, stoßen die Industrieländer Ländern im Globalen Süden die Leiter für einen Aufstieg in der Wertschöpfungskette weg. Das WTO-Regelwerk nimmt Ländern des Globalen Südens die Möglichkeit, durch strategische Eingriffe in Märkte ihre Industrien aufzubauen und damit ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten zu erweitern. Freihandelsprinzipien wird im WTO-Recht demnach ein höherer Stellenwert eingeräumt als legitime Entwicklungsstrategien von Ländern wie Indonesien.

Zusätzlich wird an den geltenden WTO-Handelsregeln ein Spannungsfeld zur Klima- und Nachhaltigkeitspolitik sichtbar. Die EU begründet ihre Regelung zu Palmöl im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (RED II) mit Klimaschutz- und Entwaldungszielen, die aus einer ökologischen bzw. klimapolitischen Perspektive mit Nachdruck vorangetrieben werden müssen. Für Länder wie Indonesien bedeutete diese EU-Regelung jedoch den Verlust zentraler Exportmöglichkeiten und eine faktische Benachteiligung ihrer (klein-)bäuerlicher Produzenten, die sich die von der EU geforderten Nachhaltigkeitszertifizierungen kaum leisten können. Durch Handelsabkommen und die internationalen Handelsregeln der WTO haben Industrieländer wie die EU historisch dazu beigetragen, dass Produkte wie Palmöl für Indonesien zu zentralen Exportgütern geworden sind. Dies oft auf Kosten ökologisch wichtiger Naturräume wie etwa tropischer Regenwälder, lokaler Bevölkerung und Arbeiter:innen in dieser Branche. Um von einem erfolgreichen, allerdings auch schädlichen, Exportprodukt, hin zu einer nachhaltigen und wertschöpfungsintensiveren Wirtschaftsweise zu gelangen, benötigt das Land allerdings Handlungsspielraum. Wenn es aber aufgrund geltender Handelsregeln keine oder nur eingeschränkte Schutzinstrumente nutzen darf, wird es Indonesien kaum schaffen, gleichzeitig nachhaltig zu produzieren, soziale (Mindest-)Standards zu einhalten und global wettbewerbsfähig zu sein.

Umgekehrt versucht die EU, ihre Klimaziele bei Aufrechterhaltung und Verteidigung von Welthandelsregeln zu erreichen. Umweltauflagen in einem von Wettbewerb dominierten Welthandelssystem wirken strukturell allerdings ungleich. Sie erhöhen die Kosten dort, wo nicht nachhaltige Produktionsstrukturen für den internationalen Export repariert

EU – Indonesien: Handelsbeziehungen auf dem Prüfstand

Die EU sollte mit ihrer Handelspolitik kooperative, entwicklungs-politisch ab-gestimmte Handels-beziehungen fördern.

werden sollen, und schützen so indirekt die Wettbewerbsposition des Nordens. Dem Weg, den die EU im Zusammenhang mit Palmöl eingeschlagen hat, wird allerdings keine WTO-Rechtskonformität bescheinigt, da dieser den Marktzugang anderer Länder einschränkt. Auch wenn Klimaschutz im Rahmen der WTO grundsätzlich als legitimes Ziel anerkannt wird, können konkrete Maßnahmen potenziell als handelswidrig gelten. Anhand der oben beschriebenen WTO-Fälle zu Palmöl zeigen sich damit die mehrfachen Widersprüche und Spannungsfelder der Freihandelslogik im Zusammenhang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen auf.

Neue Nachhaltigkeits- und Kooperationsabkommen

Ein nachhaltiger und gerechter Umbau des Welthandels kann nur durch strukturelle Neugestaltung globaler Produktions- und Konsummuster erfolgen und nicht durch Aufrechterhaltung des Freihandels um jeden Preis. Während die Freihandelsdoktrin auf dem Abbau von Marktschranken und Maximierung von Wettbewerb basiert, sind

ökologische und soziale Nachhaltigkeit auf Regulierung und Kooperation angewiesen. Daher sollte die EU mit ihrer Handelspolitik kooperative, entwicklungs-politisch abgestimmte Handelsbeziehungen fördern, die es Ländern wie Indonesien ermöglichen, ihre Industrien aufzubauen und gleichzeitig nachhaltige Produktionsweisen umzusetzen. Die EU sollte ihre Freihandelsdoktrin, die bislang ökologische und soziale Ungleichheiten verfestigt, durch neue Nachhaltigkeits- und Kooperationsabkommen ersetzen. Wie sich am Abschluss der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Indonesien aber zeigt, folgt dieses nach Aussagen der Verhandler:innen auf beiden Seiten der alten Freihandelslogik. Damit verfestigen sich einmal mehr die damit verbundenen ökologischen und sozialen Ungleichheiten und nehmen Staaten notwendige Spielräume für ihre sozial-ökologische Entwicklung.

Monika Feigl-Heihs AK Wien
monika.feiglheihs@akwien.at

- 1 European Commission (23.9.2025): [EU and Indonesia conclude negotiations on free trade agreement](#), abgerufen am 6.11.2025
- 2 James Guild (7.10.2025): [The Indonesia-EU Free Trade Agreement. Explained](#), abgerufen am 5.11.2025.
- 3 European Commission: [EU trade relations with Indonesia](#), abgerufen am 5.11.2025.
- 4 Rat der EU: [EU–Indonesia trade: facts and figures](#), abgerufen am 6.11.2025.
- 5 David Guberman, Samantha Schreiber, Anna Perry (2024): [Export Restrictions on Minerals and Metals: Indonesia's Export Ban of Nickel](#), Office of Industry and Competitiveness Analysis, Working Paper ICA-104, S. 12, abgerufen am 5.11.2025.
- 6 WTO (DS592): [WTO | dispute settlement - the disputes - DS592: Indonesia - Measures Relating to Raw Materials](#), abgerufen am 5.11.2025.
- 7 Cici Amilia Putri (2023): [Trade Dispute between the EU and Indonesia over Indonesian Steel Products](#). In: Journal of Law and Social Transformation, Vol. 1, No. 1, Maret 2023, abgerufen am 5.11.2025.
- 8 WTO: [Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement \(MPIA\)](#), abgerufen am 17.11.2025.
- 9 WTO: DS616: [European Union — Countervailing and Anti-Dumping Duties on Stainless Steel Cold-Rolled Flat Products from Indonesia](#), abgerufen am 6.11.2025
- 10 Reuters (3.10.2025): [Indonesia urges EU to remove duties on stainless steel products after WTO ruling](#), aufgerufen am 5.11.2025.
- 11 Chris Horseman (24.11.2025): [EU appeals Indonesian steel case 'into the void' at WTO](#), abgerufen am 26.11.2025.
- 12 Facts Sheets - [Indonesia Palm Oil Facts](#), abgerufen am 6.11.2025.
- 13 [Unseen realities of Palm Oil: Why Social Justice must start with workers](#) - solidar.org, abgerufen am 6.11.2025.
- 14 [Biodiesel aus Palmöl – Wenn Bio nicht nachhaltig ist](#), abgerufen am 6.11.2025.
- 15 Siehe WTO (DS593) WTO | [dispute settlement - the disputes - DS593: European Union - Certain Measures Concerning Palm Oil and Oil Palm Crop-Based Biofuels](#), abgerufen am 6.11.2025.
- 16 European Union (8.7.2025): [CERTAIN MEASURES CONCERNING PALM OIL AND OIL PALM CROP-BASED BIOFUELS](#), abgerufen am 6.11.2025.
- 17 Siehe WTO (DS618) WTO | [dispute settlement - the disputes - DS618: European Union - Countervailing Duties on Imports of Biodiesel from Indonesia](#), abgerufen am 6.11.2025
- 18 Ha-Joon Chang (2002): [Kicking Away the Ladder: An Unofficial History of Capitalism, Especially in Britain and the United States](#). In: Challenge, Vol. 45, No. 5, pp. 63-97, abgerufen am 10.11.2025.

DAS 28. REGIME

WARUM EIN 28. GESELLSCHAFTSRECHTSSYSTEM DIE MITBESTIMMUNG GEFÄHRDET

Von
Marcus Meyer-Erdmann
 und Aline Hoffmann

Aktuell kursierende Vorschläge eines 28. Regimes erinnern stark an frühere Versuche, die vor allem wegen unzureichender Sicherungen für Beschäftigte und Gläubiger am Widerstand von EU-Parlament, Mitgliedstaaten und Gewerkschaften scheiterten. Die Erfahrung mit der Europäischen Aktiengesellschaft zeigt auch die Schlupflöcher auf, die Arbeitnehmer:innenrechte drastisch schwächen. Wir schlagen fünf zentrale Prüfsteine vor, an denen jede neue EU-Rechtsform gemessen werden sollte.

Was ist das 28. Regime?

Haben wir nichts aus der Vergangenheit gelernt? Einheitliche Gesellschaftsrechtsmodelle als 28. Regime gefährden Arbeitnehmerrechte.

Die Europäische Kommission beabsichtigt, mittels EU Gesellschaftsrecht innovative Unternehmen – vor allem Start-ups und schnell wachsende Scale-ups – zu fördern, indem grenzüberschreitende Expansion erleichtert, Kapital angezogen und die Gründung „aus einem Guss“ digitalisiert wird. Es ist von einem „28. Gesellschaftsrechtsregime“ die Rede, weil diese Rechtsform zusätzlich zu den 27 nationalen Rechtsordnungen zur Verfügung stehen soll. Die Kommission begründet den Vorstoß mit Wettbewerbsnachteilen gegenüber den USA. Dabei gibt es bereits heute weitreichende Instrumente zur grenzüberschreitenden Mobilität und Digitalisierung des Gesellschaftsrechts (SE-Statut, Richtlinie 2019/2121, Digitalisierungsrichtlinien 2019/1151 und 2025/25).

Das Gesellschaftsrecht legt fest, welche Rechte und Pflichten Anteilseigner, Geschäftsleitung und weitere Stakeholder – insbesondere Beschäftigte – haben. Änderungen im Gesellschaftsrecht wirken deshalb zwangsläufig auf andere Rechtsbereiche wie Arbeitsrecht, Steuer- und Sozialrecht sowie Insolvenzrecht. Wer an der „Rechtsform-Schraube“ dreht, greift damit mittelbar auch in bestehende Schutzrechte für Beschäftigte und Gläubiger sowie in nationale Systeme der Mitbestimmung ein.

Die Erfahrung lehrt daher: Wenn ein solches Regime nicht sorgfältig ausgestaltet wird, droht es, Arbeitnehmerrechte, (betriebliche) Mitbestimmung, Steuer- und Sozialschutz zu untergraben – und zwar weit über die eigentliche Start-up-Szene hinaus.

Die gescheiterten Vorgänger SPE und SUP

Die Idee einer europäischen Privatgesellschaft ist nicht neu. Bereits 2008 legte die Kommission den Entwurf einer „**Societas Privata Europaea**“ (**SPE**) vor. Ziel war eine einfach zu nutzende Rechtsform für kleine und mittlere Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind. Gewerkschaften und das Europäische Parlament forderten von Anfang an klare Grenzen für die Unternehmensgröße, striktere Mitbestimmungsregelungen und einen echten grenzüberschreitenden Bezug. Kritiker warnten, dass ohne Größenbegrenzung auch Großkonzerne die SPE als „Billigschiene“ zur Umgehung nationaler Schutzvorschriften nutzen könnten. Der Vorschlag wurde 2014 zurückgezogen.

Nahtlos schloss sich 2014 der Vorschlag einer Einpersonengesellschaft „**Societas Unius Personae**“ (**SUP**) an. Kernelemente waren extrem geringe Kapitalanforderungen, Online-Gründung über ein Standardformular und eine weitgehende Beschränkung

Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet

**Seit über
einem Jahr-
zehnt sind SEs
keine Treiber
der grenzüber-
schreitenden
Mobilität von
Unternehmen.**

der Harmonisierung auf wenige Punkte. Auch hier sahen Parlament, Gewerkschaf-ten und mehrere nationale Parlamente (u.a. Österreich) erhebliche Risiken für Gläubi-gerschutz, Arbeitnehmerrechte und das Subsidiaritätsprinzip. Ein Kernstreitpunkt war die geplante Trennung von Satzungssitz und tatsächlichem Verwaltungssitz, die es erlaubt hätte, Personal und wirtschaftliche Tätigkeit in einem anderen Staat anzusiedeln als den formalen Sitz – ein klassisches Einfallstor für Sozial- und Steuerdumping. 2018 wurde auch dieser Vorschlag endgül-tig beerdigt.

Alte Ideen werden wieder aufgewärmt

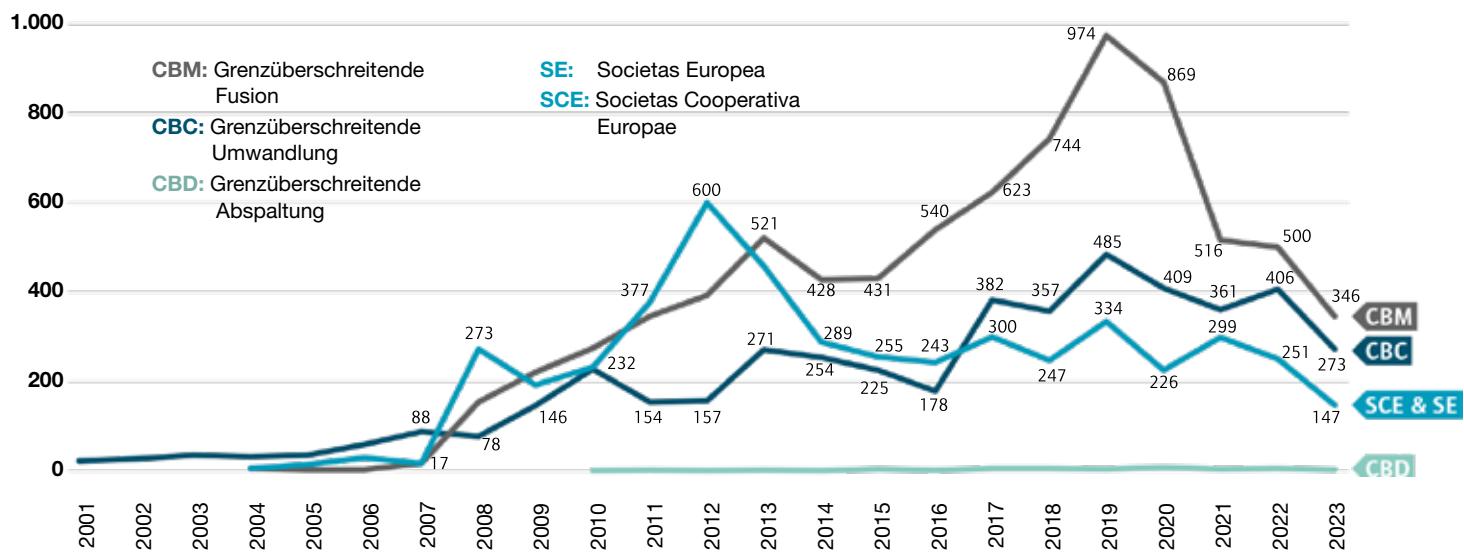
Seit Frühjahr 2025 werden in diversen Ver-anstaltungen der EU-Kommission recht unverbindlich Ideen und Vorschläge ausgetauscht, die an die gescheiterten Initiativen der SPE und der SUP erinnern. Im Europä-ischen Parlament berät seit Sommer 2025

der Rechtsausschuss über einen legislati-ven Initiativbericht des S&D Abgeordneten René Repasi. Das am meisten ausgearbei-tete Konzept wurde von einem Konsortium von Unternehmern und Risikokapitalgebern namens EU-Inc.org, vorgelegt. Dieser Vor-schlag dient seither als Art Blaupause in der Diskussion und sieht vor:

- eine EU-weit einheitliche GmbH-ähnliche Rechtsform,
- Gründung durch eine einzige Person ohne Sitzvorgaben,
- volldigitale Eintragung in ein neues EU-Register,
- eine einmalige Registrierung mit Wirkung in allen Mitgliedstaaten,
- Eintragung binnen 24 Stunden.

So modern diese Punkte klingen, liegt es auf der Hand, dass eine Prüfung auf Geld-wäsche, Scheinadressen, Sozial- und Steu-

Abb. 1: Grenzüberschreitende Transaktionen und SE/SCE-Gründungen im Zeitverlauf*



* Das Projekt „ETUI-Erasmus University Cross-Border Company Mobility“ erfasst alle grenzüberschreitenden Unternehmens-mobilitäten und SE/SCE-Gründungen in der EU seit 2001 | Quelle: Projekt „ETUI-Erasmus University Cross-Border Company Mobility“ (2025)

Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet

erbetrug in 24 Stunden praktisch unmöglich ist. Die Gefahr für die Mitbestimmung liegt allerdings schon in der Idee einer einheitlichen Rechtsform.

Unklare Zielgruppe, hohes Missbrauchsrisiko

Bislang fehlt eine EU-weit verbindliche Definition von „Start-up“, „Scale-up“ oder „innovativem Unternehmen“. Ohne präzise Kriterien – etwa zu Umsatz, Beschäftigtenzahl und Unternehmensalter – könnten große Konzerne Tochtergesellschaften gezielt in die neue Rechtsform überführen, um strengere nationale Regeln zur Mitbestimmung, Kapitalausstattung oder zum Gläubigerschutz zu umgehen.

Ebenso wichtig wie der Zugang sind klare „Exit-Kriterien“: Ab welchem Punkt ist ein Unternehmen so groß oder etabliert, dass es wieder vollständig den allgemeinen Vorschriften unterliegen muss? Die Erfahrung mit der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zeigt, dass Schlupflöcher, die einmal geöffnet wurden, dauerhaft und systematisch genutzt werden. Siehe Abbildung 1).

Gefahr für Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte

**20 Jahre
Europäische
Aktiengesell-
schaft (SE):
eine Lektion
in Sachen
Umgebung?**

Der EU-Inc-Vorschlag will formelle Informations- und Konsultationsrechte erst ab sehr hohen Schwellen (z.B. 500 Beschäftigte) greifen lassen – also weit über den in der EU-Rahmenrichtlinie vorgesehenen 20 bzw. 50 Beschäftigten und über vielen nationalen Schwellen. Für kleinere Unternehmen bleiben nur „informelle“ Austauschformate ohne einklagbare Rechte. Die Unternehmensmitbestimmung im Aufsichts- oder Verwaltungsrat wäre ausdrücklich ausgeschlossen.

Damit würde ein Parallelregime geschaffen, in dem Beschäftigte von wachstumsstarken

Start-ups und Scale-ups unter Umständen dauerhaft vom europäischen Mitbestimmungsregeln abgeschnitten wären. Gerade in diesen dynamischen Sektoren würde die gewerkschaftliche Organisierung erschwert und die Stimme der Beschäftigten bei grundlegenden Weichenstellungen geschwächt. Das Schwächen gewerkschaftlicher Strukturen auf betrieblicher Ebene stellt auch zusätzliche Hemmschwellen für die Tarifpolitik, obwohl die EU mit der Mindestlohnrichtlinie doch gerade tarifpolitische Kapazität fördern soll.

Mitarbeiterbeteiligung ersetzt keine Rechte

Dagegen setzt EU-Inc stark auf Mitarbeiterbeteiligung über Aktienoptionen (ESOPs). Richtig reguliert können solche Modelle zusätzliche Chancen eröffnen. Ohne Schutzmechanismen verlagern sie jedoch Risiken auf Beschäftigte und auf öffentliche Haushalte:

- Start-ups weisen hohe Ausfallraten auf; Optionen können wertlos werden,
- ESOPs drohen reguläre Lohnerhöhungen oder Boni zu verdrängen,
- steuerlich begünstigte Kapitalerträge schwächen die Einnahmen von Steuer- und Sozialkassen, wenn sie klassische Löhne (teilweise) ersetzen.

ESOPs dürfen daher nicht als Ersatz für Löhne, Sozialschutz und Mitbestimmung dienen, sondern nur als ergänzendes Instrument mit klaren Grenzen, Transparenzpflichten und starker Einbindung der Tarifparteien.

Lehren aus 20 Jahren SE-Praxis

Die Europäische Gesellschaft (SE) erweist sich in der Praxis weniger als Motor echter Mobilität, sondern vor allem als Instrument

Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet

**Es gibt andere
Mittel, um
die erklärten
Ziele des
28. Regimes
zu erreichen.**

zur Umgehung nationaler Mitbestimmung. Tausendfach wurden leere „Vorrats-SEs“ gegründet, die zunächst ohne Beschäftigte und Arbeitnehmervertretungen bestehen. Werden sie später mit Belegschaften „befüllt“, löst dies keine neuen Verhandlungen über Mitbestimmung oder einen SE-Betriebsrat aus.

Ganze zwei Drittel aller SE wurden als Tochter-SE gegründet (siehe Abbildung 2). Mit wenigen Ausnahmen können diese auch als „Vorrats-SE“ bezeichnet werden, da es sich um leere Unternehmenshüllen handelt, die „von der Stange“ gekauft und einfach aktiviert werden können, um als echte EU-Unternehmen unter einem neuen Namen zu agieren, anstatt ein neues Unternehmen von Grund auf neu zu gründen.

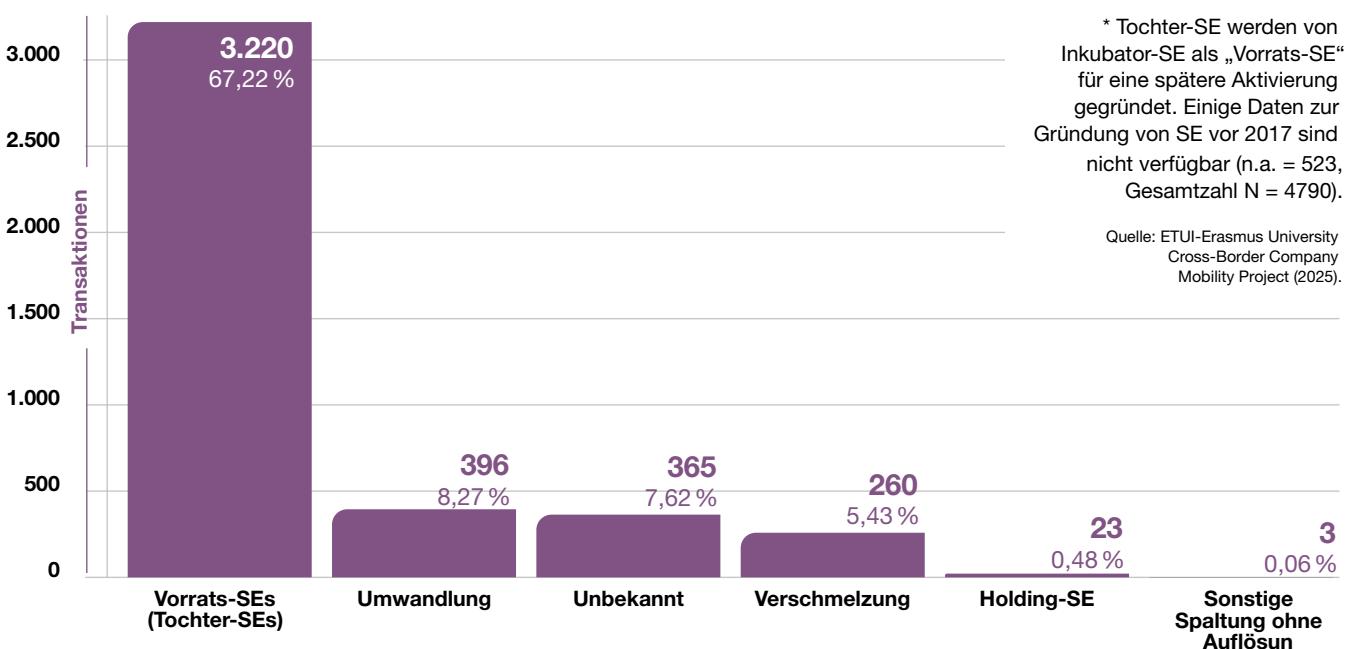
So entstand ein eingefrorener Status quo: selbst wenn die Belegschaft stark wächst

und nationale Schwellenwerte für Aufsichtsratsmitbestimmung überschreitet, lösen sie keinen neuen Verhandlungsanspruch aus. Studien zeigen, dass in Deutschland ein Großteil der großen SEs mit mehr als 2.000 Beschäftigten keine paritätische Mitbestimmung kennt, obwohl sie nach nationalem Recht dazu verpflichtet wären.

So können Unternehmen dauerhaft nationale Schwellenwerte für die Mitbestimmung im Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat ignorieren, obwohl sie faktisch große Belegschaften haben. Auch die Gründung europäischer Betriebsräte könnte dauerhaft ausgefroren werden, sollte es zur Anwendung des Vorher-Nachher Prinzips bei Neugründung des Unternehmens kommen. Diese Erfahrungen aus der SE Richtlinie und aus der Anwendung der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Fusion, Abspaltung und Umwandlung

Abb. 2: SE-Gründungen nach Typ (aggregiert)

Vorrats-SEs sind die wichtigsten Instrumente zur Umgehung der Schutzmaßnahmen der SE-Richtlinie.



Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet

Eine einheitliche Rechtsform löst die Probleme nicht, und schafft viele neue Probleme.

sind unmittelbar relevant für das geplante 28. Regime.

Digitale Gründung ja – aber nicht um jeden Preis

Die Voll-Digitalisierung von Gründungsprozessen ist grundsätzlich ein Fortschritt, insbesondere für junge Unternehmen ohne großen Verwaltungsapparat. Schon heute ermöglichen die Digitalisierungsrichtlinien die Online-Gründung in allen Mitgliedstaaten. Entscheidend ist aber, dass digitale Verfahren nicht mit einem Verzicht auf materielle Prüfungen verwechselt werden. Eine Eintragung „über Nacht“ innerhalb von 24 Stunden lässt seriöse Identitäts-, Geldwäsche-, Insolvenz- und Sozialversicherungsprüfungen faktisch nicht zu. Statt ein völlig neues Register aufzubauen, könnte ein einheitliches digitales „Front-End“ auf bestehende nationale Register aufsetzen (siehe bestehendes EU BRIS-System). So ließe sich der Wunsch nach einem „One-Stop-Shop“ mit effektiven Prüfungen verbinden – bei realistischer Bearbeitungszeit und klarer Verantwortung der Mitgliedstaaten. Digitalisierung kann und soll Prozesse vereinfachen, darf aber nicht zum Einfallstor für Deregulierung werden.

Wechselwirkungen mit Steuer- und Sozialversicherungssystemen

Gesellschaftsrecht ist eng mit Steuer- und Sozialrecht verflochten. Wenn eine neue Rechtsform es erleichtert, Gewinne und Wertschöpfung in Niedrigsteuerländer zu verlagern, während Beschäftigte in Hochkostenländern arbeiten, verschärft dies die ohnehin bestehende Schieflage in den öffentlichen Haushalten. Eine faire Innovationspolitik muss daher sicherstellen, dass auch innovative Unternehmen angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Das betrifft Mindestbesteuerung

von Gewinnen, wirksame Regeln gegen Gewinnverlagerung, aber auch die Sicherung der Bemessungsgrundlagen von Sozialversicherungen, wenn immer größere Einkommensbestandteile in Aktienoptionen ausgelagert werden.

Fünf Prüfsteine für ein faires Innovationsregime

Wir schlagen fünf zentrale Prüfsteine vor, an denen jede neue EU-Rechtsform gemessen werden sollte:

- 1** Präzise, durchsetzbare Zugangskriterien für „innovative“ Unternehmen, inklusive klarer Grenzen und Rückkehr in das allgemeine Recht, sobald diese überschritten werden.
- 2** Starke Anti-Missbrauchsregeln gegen Briefkastenfirmen, künstliche Sitzverlagerungen und Regime-Shopping, gekoppelt an den tatsächlichen Ort der wirtschaftlichen Tätigkeit.
- 3** Dynamische Sicherung von Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechten, etwa über einen horizontalen EU-Rahmen, der auch Start-ups und Scale-ups umfasst und Nachverhandlungen bei Wachstum vorsieht.
- 4** Klare Schutzmechanismen für Tarifautonomie und Kollektivverträge, damit neue Vergütungsinstrumente wie ESOPs nicht zur Aushöhlung von Löhnen und Kollektivstandards führen.
- 5** Ein digitales, aber sorgfältiges Registrierungsverfahren, das auf bestehenden nationalen Registern aufbaut, angemessene Prüfzeiten vorsieht und für Transparenz über Eigentums- und Konzernstrukturen sorgt.

Warum ein 28. Gesellschaftsrechtssystem die Mitbestimmung gefährdet

Schlussfolgerung

Innovation und Beschäftigtenrechte sind kein Widerspruch. Ein modernes Unternehmensrecht kann Start-ups und Scale-ups

erleichtern, ohne Mitbestimmung, Steuergerichtigkeit und Sozialschutz zu opfern. Voraussetzung ist, dass bekannte Schwachstellen – etwa die Ausnutzung von leeren Gesellschaftshüllen, die Umgehung von Beteiligungsrechten und die Verlagerung von Risiken auf Beschäftigte – konsequent geschlossen werden.

Weiterlesen

ETUI Policy Brief:

How a 28th company law regime jeopardises workers' rights

September 2025

Das gesamte Papier kann hier heruntergeladen werden:

[https://www.etui.org/publications/
how-28th-company-law-regime-jeo-
pardises-workers-rights](https://www.etui.org/publications/how-28th-company-law-regime-jeopardises-workers-rights)



Ein 28. Regime, das als „Abkürzung“ an nationalen Schutzstandards vorbeiführt, würde dagegen Misstrauen in die europäische Gesetzgebung schüren und die soziale Akzeptanz des Binnenmarkts untergraben. Die kommende Debatte wird deshalb zum Test, ob die EU aus den Erfahrungen mit SPE, SUP und SE gelernt hat – und ob sie bereit ist, Innovation mit einem starken sozialen Fundament zu verbinden.

Marcus Meyer-Erdmann, ETUI
mmeye@etui.org

Aline Hoffmann, ETUI
ahoffmann@etui.org

KATHARINA PISTOR: THE LAW OF CAPITALISM AND HOW TO TRANSFORM IT

Von
Sarah Bruckner

Die Rechtswissenschaftlerin Katharina Pistor legt mit ihrem neuen Buch ein Plädoyer für eine Neuausrichtung des Privatrechts vor. Sie knüpft damit an ihr vielrezipiertes Werk „Der Code des Kapitals. Wie Recht Reichtum und Ungleichheit schafft“ an und skizziert Ansätze zur Transformation des Rechts als Schlüssel zu einer gerechteren Gesellschaft.

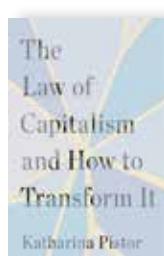
Mit ihrem neuen Buch knüpft Pistor an ihr vielrezipiertes Werk „Der Code des Kapitals. Wie Recht Reichtum und Ungleichheit schafft“ an. Dabei steht die These im Zentrum, dass Güter (Objekte, Versprechen, Ideen) erst durch ihre rechtliche Codierung zu Kapital werden. Der Kapitalismus sei nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein rechtliches System. Die Privilegien des Kapitals würden (im Common Law) durch geschickte Anwält:innen immer weiter ausgedehnt. Damit die Demokratie die Oberhand behalten kann, müssen die rechtlichen Privilegien des Kapitals zurückgedrängt werden, fordert Pistor.

Pistor analysiert präzise, wie das Recht im Kapitalismus Ungleichheit fördert.

Die notwendige Transformation des Privatrechts

Das Rechtssystem müsse angesichts der Dauerkrise des Kapitalismus und der Klimakrise neu ausgerichtet werden, insbesondere das Privatrecht. Ziel sei ein gerechtes Privatrecht („just private law“) auf globaler Ebene. In einem ersten Schritt gelte es, Prinzipien zu definieren. Pistor schlägt hierfür den Befähigungsansatz¹ des Ökonomen Amartya Sen und der Philosophin Martha Nussbaum vor. Ein gerechtes Privatrecht müsse das Ziel verfolgen, die Verwirklichungschancen von Menschen zu fördern. Es könne beispielsweise ein allgemeines Vorsorgeprinzip („do no harm“ - Prinzip) eingeführt werden, um Umweltschäden und die Verschärfung der Klimakrise zu vermeiden. Durch die Einführung eines Verantwortungsprinzips („take responsibility“ – Prinzip) wäre das Gesellschaftsrecht dahingehend zu ändern, dass Muttergesellschaften für Schäden in der Sphäre von Tochtergesellschaften haften, und im Vertragsrecht bessere Schutzregeln für die schwächere Vertragspartei (z.B. AGBs von Big Tech Unternehmen) vorgesehen werden. Pistor räumt ein, dass diese Maßnahmen allein nicht ausreichen, jedenfalls aber müsse das Privatrecht in den Blick genommen werden.

Buchtipp



Katharina Pistor
The Law of Capitalism and How to Transform It
Yale University Press, 2025

Zur Autorin: Katharina Pistor ist Edwin B. Parker-Professorin für Rechtsvergleichung an der Columbia Law School. Sie ist Autorin des Buches „Der Code des Kapitals: Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft“. Sie lebt in New York.

Pistors großes Verdienst besteht darin, Kapitalismuskritik mit rechtlichen Fragestellungen zu verknüpfen

Präzise Analyse mit Leerstellen

Einmal mehr analysiert Pistor präzise, wie das Recht im Kapitalismus Ungleichheit fördert. Der Fokus liegt wie bereits im Vorgängerwerk auf dem Common Law, es finden sich aber auch einige Verweise auf das Europarecht. Eine Revolution sei laut Pistor weder realistisch noch wünschenswert, jedoch würden wohlfahrtsstaatliche Modelle den Kapitalismus nicht ausreichend in die Schranken weisen, weshalb sie für eine Transformation des

Rechtssystems plädiere. In etlichen Beispielen wird veranschaulicht, wer die Nutznießer:innen und Verlierer:innen von bestimmten Regelungen sind. Umso erstaunlicher ist es, dass die Frage **wie und von wem** die Transformation durchzusetzen ist, ausgespart wird; unter anderem bleibt die potenzielle Rolle von Gewerkschaften eine Leerstelle. Zweifelsohne sind die präsentierten Vorschläge von großer Tragweite. Dies zeigt sich auch in aktuellen Debatten im europäischen Kontext, beispielsweise zum EU-Lieferketten gesetz. Allerdings hat Pistors Vorgängerwerk noch weitergehende Erwartungen geweckt im Hinblick auf frische Ideen zur Transformation. Am Ende von „Der Code des Kapitals“ werden neun Schritte zur Zurückdrängung der Privilegien des Kapitals skizziert. Diese greift Pistor in ihrem aktuellen Buch nur zum Teil wieder auf. Eine Weiterentwicklung dieser Ideen wäre höchst relevant gewesen, neben der unbeantworteten Frage der Umsetzung. Pistors großes Verdienst besteht aber weiterhin darin, Kapitalismuskritik mit rechtlichen Fragestellungen zu verknüpfen.

Sarah Bruckner AK Wien
sarah.bruckner@akwien.at

Bevor die Argumente ausgehen.

A&W
blog

awblog.at

¹ Der Befähigungsansatz ist ein gerechtigkeitstheoretischer Ansatz und Konzept zum menschlichen Wohlergehen, der den Verwirklichungschancen von Menschen zentrale Bedeutung beimisst.